

Im Rahmen des Militarisierungsprozesses leitet die EU eine „Volksdemobilisierung“ ein

Erst wenn die europäischen Völker ihren wahren Feind erkennen und ihn als ernsthafte, reale und existenzielle Bedrohung wahrnehmen, wird es möglich sein, diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen.

1. Juni 2026 | Hugo Dionísio

Die derzeitige Lage der westlichen Demokratien hat etwas zutiefst Paradoxes an sich. Einerseits verbreiten die Staats- und Regierungschefs der EU, der NATO und der USA mit fast schon obsessiver Beharrlichkeit Narrative einer existenziellen Bedrohung: Russland als expansionistisches Imperium, das kurz davor steht, in das Gebiet des Atlantischen Bündnisses einzufallen; Europa als verwundbar und unvorbereitet, das dringend aufgefordert wird, seine Militärausgaben zu erhöhen; der Konflikt in der Ukraine als Auftakt zu einer umfassenderen Konfrontation; und auch der Terrorismus, diese allgegenwärtige Bedrohung, die uns ständig wachrüttelt – vor allem, um unsere Ressourcen nach Übersee zu schicken, damit er uns später nicht belästigt.

Andererseits lösen genau diese Narrative – trotz ihres katastrophalen Untertons – keinen Mobilisierungsschub aus, bringen keine Massenbewegungen hervor, die für den Frieden kämpfen, und veranlassen die Bevölkerung nicht dazu, konkrete und strukturelle Veränderungen in der Außenpolitik zu fordern. Im Gegenteil, sie erzeugen offenbar eine Art „strukturelle Apathie“, eine Haltung, die wir angesichts der realen und wachsenden Gefahr eines offenen Krieges mit der Russischen Föderation als „amorph“ oder sogar „zombiehaft“ bezeichnen könnten. Je größer die verbreitete Angst und das wahrgenommene Risiko, desto größer die Apathie in der individuellen oder kollektiven Reaktion auf einen solchen Zustand. Vielleicht aufgrund von Verantwortungslosigkeit, aufgrund des Zustands politischer Unreife, in den die westlichen Völker gestürzt wurden, aufgrund von Trägheit oder Amorphismus, hervorgerufen durch ständige Schocks aus Terror, Instabilität und Alarm, sieht die Wahrheit so aus, dass der Alarmzustand nicht existent zu sein scheint. Nicht einmal als Überlebensinstinkt.

Wenn wir verstehen wollen, wie die Entscheidung der EU und ihrer Mitgliedstaaten intern zustande kommt und uns auf einen militaristischen und kriegerischen Kurs mit leicht vorhersehbaren und erkennbaren katastrophalen Zügen führt, ist es unerlässlich, einen subtilen und gefährlichen Mechanismus zu begreifen, der auf einer Erzählung beruht, die darauf ausgelegt ist, Angst zu erzeugen, aber kein Bewusstsein; Alarm, aber kein Handeln. Ein Narrativ, das zwar darauf abzielt, astronomische Rüstungsausgaben und pornografische Gewinne für den expandierenden militärisch-industriellen Komplex der NATO zu legitimieren, aber unterschwellig vermittelt, dass die Lösung des Problems von Politikern und Generälen abhängt, niemals von der Bevölkerung.

Tatsächlich ist das beabsichtigte Ergebnis eine operative demokratische Deaktivierung, die die Menschen zwar über das Risiko informiert, sie aber gleichzeitig davon abhält, an der Lösung

mitzuwirken und diese zu beeinflussen, und vor allem davon abhält, sich fähig zu fühlen, diese Realität zu ändern.

In diesem Sinne zielen die von der EU, der NATO und den USA verbreiteten Sicherheitsnarrative nicht darauf ab, das Bewusstsein der Bevölkerung zu schärfen, sondern es zu blockieren. Würde das Bewusstsein tatsächlich geschärft – würden die Menschen die praktischen Implikationen dessen, was ihnen erzählt wird, verinnerlichen –, würden sie praktische und organisatorische Konsequenzen daraus ziehen, die die etablierte Macht gefährden könnten und, mehr noch, die politischen Entscheidungen, die ohne sie und gegen ihre wichtigsten Interessen getroffen werden.

Tatsache ist: Wenn Menschen aktiv werden, wissen wir zwar, wie bekannt ist, wo Prozesse beginnen, aber es ist niemals möglich zu wissen, wo sie enden werden. Wie in den Medien aufgedeckte Widersprüche von Friedensbewegungen und Bewegungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden können, die den Massenkampf zu ihrem bevorzugten Handlungsfeld machen und zu Ergebnissen führen, die oft diametral entgegengesetzt zu den von der herrschenden Klasse beabsichtigten sind, stellt eine der Auswirkungen dar, die von einer autokratischen Führungsstruktur, die oligarchischen Interessen unterworfen ist, vermieden werden müssen.

Die gesamte Argumentationskette, die zu der endgültigen Entscheidung führt, die EU in einen Krieg mit der Russischen Föderation zu führen, sowie der damit einhergehende Rüstungswahn, wurden darauf ausgerichtet, der Bevölkerung ihre demokratischen Rechte zu entziehen, in diesen Entscheidungsprozess einzugreifen. Die Tatsache, dass die gesamte Schuld der Russischen Föderation zugeschrieben wird, die von NATO-Stützpunkten umgeben ist und dennoch als in ungezügelter Expansion begriffen dargestellt wird, zielt darauf ab, die Vorstellung zu schaffen, dass das Böse von einem externen Akteur ausgeht, der unseren Frieden destabilisiert, und das Gefühl zu erzeugen, dass nichts zu tun ist, weil nichts getan werden kann – außer die kriegerische Entwicklung zu akzeptieren und zu legitimieren –, um eine unzugängliche Macht herauszufordern und zu verändern.

Die erste vorherrschende Darstellung stellt Wladimir Putins Russland als eine expandierende imperialistische Macht dar, die entschlossen ist, ein eurasisches Imperium wiederaufzubauen – mal das orthodoxe Zarenreich, mal das sowjetisch-kommunistische „Imperium“ – und kurz davor steht, NATO-Gebiet anzugreifen oder zu besetzen, wobei westliche Staats- und Regierungschefs für dieses Ereignis sogar schon ein Datum festgelegt haben: 2029! Diese Darstellung dient als Grundlage für fast alle Aufrüstungs- und Bündnispolitiken der letzten Jahre.

Eine auch nur ansatzweise aufmerksame Analyse der Fakten ermöglicht es uns jedoch, alle Annahmen, auf denen diese These beruht, zu widerlegen. Nach vier Jahren Krieg in der Ukraine und der ständigen Behauptung in den Medien, Russland habe begrenzte militärische Fähigkeiten unter Beweis gestellt, sei unfähig, ukrainisches Territorium entschlossen und schnell zu erobern, sei zu massiven Einberufungen gezwungen und erleide erhebliche Verluste an Ausrüstung und Personal oder greife sogar auf Söldner und Gefangene zurück, um die Frontlinien zu halten, wurde gleichzeitig wurde auch die Vorstellung vermittelt, dass eben dieses Russland, erschöpft und unter beispiellosen Wirtschaftssanktionen stehend, einen Angriff gegen die NATO starten könnte – ein Bündnis, das die größten Volkswirtschaften der Welt und das größte Atomwaffenarsenal des Planeten vereint. Da es an empirischer und historischer Untermauerung mangelt, leidet eine solche Einschätzung der Realität unter einer tiefgreifenden Voreingenommenheit, die sie zu einem komplexen ideologischen Konstrukt macht.

Die politische Funktion dieser Erzählung ist klar: Sie zielt darauf ab, die Existenz und die fortwährende Expansion der NATO zu rechtfertigen, indem ein äußerer Feind geschaffen wird, der den westlichen Block eint und die zunehmende Militarisierung der europäischen Politik legitimiert. Dies muss jedoch geschehen, ohne die Armee zu demoralisieren, die für den Angriff auf die Russische Föderation angeheuert wurde – die ukrainische Armee unter dem Kommando des Kiewer Regimes. Daher die Entscheidung für eine doppelte Argumentationsebene, die nur scheinbar widersprüchlich ist:

1. Die Russische Föderation ist eine schwache, inkompetente Macht, die unfähig ist, die Ukraine zu erobern, was dazu beiträgt, die Vorstellung zu schaffen, dass es sich um einen besiegbaren Feind handelt, der für die Streitkräfte Kiews durchaus in Reichweite liegt, und somit die westliche Strategie rechtfertigt, die darauf basiert, sie als Stellvertreter zu nutzen und ständig Milliarden von Euro zu liefern;
2. Die Russische Föderation wird von einem wahnsinnigen Diktator und einem aggressiven, rückständigen Volk regiert, das uns jeden Moment überfallen könnte, indem es seine große industrielle Kapazität ausnutzt – ein Argument, das Ängste schürt und die Notwendigkeit der Militarisierung rechtfertigt.

Der ständige Wechsel von einem Argument zum anderen, meist getrennt voneinander, unter Einsatz gebildeter Kommentatoren, die niemals auf Frieden drängen, sondern nur auf die Beseitigung der Gefahr, nämlich durch Gewalt oder Isolation und Eindämmung, wirkt wie ein Indoktrinationsprozess, in dem das demokratische Element nie erwähnt wird, außer um die Russische Föderation als schreckliche Diktatur anzugreifen. Die Verankerung solcher Diskurse in breit angelegten und umfassenden Kommunikationsstrategien, die auf Konferenzen, Büchern und speziellen Programmen basieren, zielt darauf ab, die gefügige Armee zu vergrößern, genau wie bei einem widersprüchlichen Lehrer, bei dem nur eine Minderheit aufmerksamerer Schüler den Widerspruch bemerkt, diese zusammen jedoch keine ausreichende Kraft bilden, um ihn entscheidend aufzudecken.

Eine zweite in den Medien verbreitete Darstellung besagt, dass Europa militärisch nicht darauf vorbereitet sei, Russland die Stirn zu bieten, und daher gezwungen sei, seine Rüstungsausgaben drastisch zu erhöhen. Diese Darstellung gewann insbesondere nach dem Beginn der „militärischen Sonderoperation“ in der Ukraine im Jahr 2022 an Bedeutung und gipfelte in dem, was Deutschland als [Zeitenwende](#) bezeichnete – einen „Epochenwechsel“, der die Einrichtung eines Sonderfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr rechtfertigte. Nachdem Deutschland an den Minsker Vereinbarungen mitgewirkt hatte und Merkel zugab, dass diese Vereinbarungen lediglich darauf abzielten, „[Zeit zu gewinnen](#)“, um die Ukraine zu bewaffnen und die EU auf den Konflikt vorzubereiten, kann man durchaus sagen, dass dieser „Epochenwechsel“ nicht nur herbeigesehnt, sondern provoziert wurde.

Und hier zeigt sich ein weiterer eklatanter Widerspruch: Der Diskurs über die „Unvorbereitetheit“ entsteht gerade dann, als die europäischen Militärausgaben bereits ein historisches Niveau erreicht hatten und die Verteidigungshaushalte der NATO insgesamt bereits mehr als das Zehnfache der russischen Ausgaben betragen. Selbst auf europäischer Ebene überstieg das Jahresbudget der EU-Länder im Jahr 2022 die Investitionen der Russischen Föderation um das 5- bis 6-fache. Somit stellt die Theorie der „Unvorbereitetheit“ keine objektive Beschreibung der Realität dar; vielmehr handelt es sich eindeutig um eine Marktchance, die sich beispielsweise darin zeigt, wie VW, das in einer

beispiellosen Wirtschaftskrise aufgrund der unerbittlichen Wettbewerbsfähigkeit Chinas bei Elektroautos versunken war, den Anstoß nutzte, um Autofabriken in Panzerfabriken umzuwandeln.

Indem öffentliche Gelder – Steuergelder – zugunsten des militärisch-industriellen Komplexes umgeleitet werden, zum Nachteil von Investitionen in Gesundheit, Bildung, Energiewende oder Armutsbekämpfung (die EU hat extreme Armut nie beseitigt), sind die „brutalen Gewinne“, die dieser Krieg generiert, kein Nebenprodukt desselben; vielmehr sind sie in vielen Fällen das primäre und ursprüngliche Ziel.

Das Narrativ der Unvorbereitetheit fungiert als Maschine für den Vermögenstransfer vom öffentlichen in den privaten Sektor, von öffentlichen Dienstleistungen von gesellschaftlichem Interesse, die grundlegende soziale Bedürfnisse decken, hin zur Rüstungsindustrie und von der Bevölkerung hin zu den Aktionären. All dies geschieht unter dem Deckmantel der „kollektiven Sicherheit“, einem Konzept, das fair erscheint, in der Praxis jedoch dazu dient, solche Finanztransfers vor jeglicher demokratischen Kontrolle zu schützen.

Zu keinem Zeitpunkt haben die nationalen Parlamente diese Angelegenheit eingehend erörtert, zu keinem Zeitpunkt wurden die Bevölkerungen aufgefordert, sich zu solchen Entscheidungen zu äußern. Stattdessen geschah all dies außerhalb von Wahlen und Volksabstimmungen und tauchte nie in den Programmen der Parteien auf, die diese Interessen vertreten und daher in den Mainstream-Medien eine privilegierte Behandlung genießen und folglich von den umfangreichsten und wirksamsten Propagandakampagnen und -instrumenten profitieren.

Wären die oben skizzierten Narrative bloße Rhetorik, könnten wir uns darauf beschränken, sie als Propaganda anzuprangern. Das Problem ist jedoch, dass sie von konkreten Maßnahmen begleitet werden, die das Risiko einer Konfrontation keineswegs verringern, sondern gefährlich erhöhen. Man könnte sogar sagen, dass wir seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so nah an einer direkten Konfrontation mit einer Militärmacht wie der Russischen Föderation standen. Und trotz alledem hat keine Regierung die Bevölkerung gefragt, ob sie einen solchen Krieg will oder ob sie mit der Russischen Föderation über Frieden verhandeln will.

Die NATO, die EU und die USA unterstützen die Ukraine in einer Weise, die weit über „humanitäre Hilfe“ oder die „Verteidigung eines souveränen Staates“ hinausgeht. Sie stellen Angriffsdrohnen, hochentwickelte Flugzeuge (jetzt Schwedens [Gripen-Flugzeuge](#)), Langstrecken-Artilleriesysteme, Echtzeit-Geheimdienstinformationen, Satellitendaten und ihre Leitsysteme (GPS) zur Verfügung. Sie ermöglichen der Ukraine tiefgreifende Angriffe auf russisches Territorium – Bombardements gegen Energieinfrastruktur, Militärstützpunkte, Munitionsdepots und sogar Ziele in zivilen Gebieten.

Diese Maßnahmen verändern den Charakter des Konflikts und ermöglichen es uns, nach und nach das wahre Wesen des andauernden Konflikts zu erkennen. Was trügerischerweise als ukrainischer Verteidigungskrieg begann, verwandelt sich zunehmend in einen Krieg zur Machtdemonstration, an dem sich die NATO-Staaten, ohne den Krieg zu erklären, aktiv an der Offensive gegen Russland beteiligen. Indem die NATO den Krieg nach und nach in das Innere der Russischen Föderation trägt, offenbart sie ihr ursprünglich beabsichtigtes Ziel. Während viele dafür angegriffen wurden, dass sie bereits 2014 im Euromaidan eine NATO-Bewegung gegen die Russische Föderation erkennen konnten, beginnt sich dieser Beweis erst 2026 in der Praxis zu konkretisieren, wenn auch

noch unter dem Deckmantel der Verschleierung: dass eine solche Machtprojektion innerhalb der Russischen Föderation eine legitime Reaktion Kiews auf die Angriffe der Russischen Föderation auf sein Territorium darstellt.

Das Problem ist, dass das russische Volk trotz der Unentschlossenheit auf dieser Seite seit 1991, seit dem Zusammenbruch der UdSSR, zahlreiche Warnungen über die wahren Absichten des Westens gegenüber ihrem Land erhalten hat. Zuerst kam der „Jelzinismus“, der das staatliche und wirtschaftliche Gefüge der UdSSR zerstörte und Millionen Menschen in extremer Armut zurückließ, wie sie sie seit langem nicht mehr gekannt hatten; dann folgten Tschetschenien durch den islamistischen Terrorismus, die Zerstörung Jugoslawiens und die Osterweiterung der NATO, die Orangene Revolution in der Ukraine zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die Provokation durch Georgien in Südossetien und schließlich der Euromaidan mit einem Staatsstreich, der darauf abzielte, das Blatt zugunsten russophober Kräfte zu wenden.

Mit anderen Worten: Das russische Volk ist sich des Problems bewusst, und diese Wachsamkeit und Bereitschaft, seine Interessen zu verteidigen, aber auch für den Frieden einzutreten, steht in scharfem Kontrast zur Haltung der westlichen Völker, die lediglich in diese Realität hineingezogen werden, ohne wirklich zu wissen, ob sie bereit sind, ihre Interessen zu verteidigen. Diese Mobilisierung des russischen Volkes und der Druck, den es auf den Kreml ausüben kann, oder sogar die Notwendigkeit einer entschlosseneren Reaktion aus Moskau werfen eine beunruhigende Frage auf: Wenn Russland Vergeltungsmaßnahmen gegen Infrastruktur, Fabriken oder Stützpunkte in NATO-Ländern ergreift, die ihm diese Daten und Systeme liefern, würde es dann nicht in legitimer Selbstverteidigung handeln? Und würde ein solcher Angriff die NATO nicht in eine direkte, möglicherweise nukleare Konfrontation hineinziehen?

Hier kommen wir zum Kern des Paradoxons. Wenn die Schreckensszenarien so alarmierend sind, warum führen sie dann nicht zu einer Mobilisierung? Wenn die EU-Bevölkerung die Vorstellung „glaubt“, dass Russland eine unmittelbare Gefahr darstellt, warum fordert sie dann keine konkreten Maßnahmen für Frieden, Deeskalation oder zumindest zivile Vorsorge?

Die Antwort liegt möglicherweise in der Art der Angst, die hervorgerufen wird. Es handelt sich nicht um eine konkrete, greifbare Angst, die zum Handeln mobilisiert, wie etwa wenn eine Gemeinschaft von einer Überschwemmung oder einem Brand bedroht ist, oder wie im Fall vieler Russen, Iraner oder Kubaner, die sich mit großem Engagement für die Verteidigung ihrer Welt einsetzen. Es handelt sich vielmehr um eine abstrakte, chronische, von den Medien geschürte Angst: die „russische Bedrohung“ als diffuse Größe, der „Atomkrieg“ als fernes, fast filmisches Szenario, als etwas, das nur in einem fernen Medien- und Kommunikationsraum geschieht, der sich so oft mit Fiktion vermischt und unter einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise leidet. Die kognitive Psychologie hat längst erkannt, dass abstrakte Angst eher lähmt als mobilisiert. Wenn die Bedrohung unsichtbar, unermesslich und von „Experten“ verwaltet wird, ist die natürliche menschliche Reaktion Resignation, nicht Widerstand.

Diese Angst wirkt wie eine Art Betäubungsmittel, das die Menschen in einem ständigen Zustand der Angst hält, ihnen aber jede Orientierung nimmt (wie „benommene Kakerlaken“). Sie konsumieren Nachrichten über den Krieg wie jemand, der einen Thriller konsumiert – voller Spannung, aber auch mit der Gewissheit, dass am Ende „jemand das Problem lösen wird“. Dieser „Jemand“ sind die Politiker, die Generäle, die Diplomaten. Die Bevölkerung ist Zuschauer, nicht Protagonist. Und dies

stellt einen erheblichen „demokratischen“ Mangel dar. In einem System, das sich demokratisch nennt, darf das Volk nicht von der Mitentscheidung über ein so einschneidendes Ereignis wie einen apokalyptischen Krieg ausgeschlossen werden.

Und genau hier liegt der zentrale Mechanismus der Entpolitisierung der Bevölkerung. Die Narrative sind so konstruiert, dass sie unterschwellig vermitteln, Sicherheit sei ein technisch-militärisches Problem und kein politisch-gesellschaftliches. Die Botschaft lautet: „Es besteht Gefahr, aber wir (die Entscheidungsträger) haben sie im Griff. Eure Aufgabe ist es, alle vier Jahre zu wählen, eure Steuern zu zahlen und, falls nötig, Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen hinzunehmen, um die Verteidigung zu finanzieren.“ Und so überschwemmen sie unsere Nachrichtensendungen mit Generälen, Militärkommentatoren, Militäranalysten, Soldaten, die ihre Uniform entehrt haben, und frustrierten Zivilisten, die sich wünschen, sie wären Soldaten gewesen. Alle sprechen von einer Welt, in die das Volk keinen Zutritt hat und in der wir keine Stimme haben.

Dies ist ein Prozess der stillschweigenden Übertragung von Verantwortung, der die Demokratie in ein Spektakel verwandelt, bei dem die Bürgerbeteiligung auf die minimale Äußerung von Wahlpräferenzen reduziert wird und niemals zu einem aktiven Eingriff in die Politikgestaltung führt. Dies bleibt der Lobbyarbeit vorbehalten, für die die Reichen bezahlen, sowie den direkten Telefonleitungen von Ministern und Unternehmenschefs. Wer die militaristische Logik hinterfragt, wird als „Putin-Anhänger“, „Leugner“ oder „Isolationist“ abgestempelt – Etiketten, die als Mechanismen sozialer Ausgrenzung fungieren und jede substanzielle und auch nur ansatzweise folgenreiche Debatte delegitimieren.

Hinzu kommt ein Faktor historischer Amnesie. Die heutigen Generationen in Europa – insbesondere diejenigen, die nach dem Kalten Krieg geboren wurden – haben keine körperliche Erfahrung mit Krieg, nicht einmal mit dessen nahen Grollen. Der Zweite Weltkrieg ist Archäologie; der Kalte Krieg eine historische Kuriosität. Krieg ist zu einem Medienkonzept geworden, zu einem Bild auf dem Bildschirm, und nicht zu einer Erfahrung von Zerstörung, Extremismus und Verlust, die das Schlimmste im Menschen offenbart. Dies erleichtert seine Trivialisierung, aber nicht nur das. Es erleichtert auch seine Dramatisierung, in dem Sinne, dass er zu etwas fast Glamourösem und Außergewöhnlichem wird, in dem Männer ihren Mut und Frauen ihr Können offenbaren.

Während YouTube uns mit Werbung für „Militär-Workouts“ und „Ausrüstung und Kleidung im Militärstil“ überschüttet, sprechen die Medien von „Eskalation“, „Abschreckung“ und „Einsatzbereitschaft“, als handele es sich um Wirtschaftsindikatoren – mit fachlicher Distanz, ohne Entsetzen. Genauso, wie sie über den Völkermord in Gaza oder die Hungersnot in Afrika sprechen. Jeder Terror wird normalisiert und inszeniert, als wäre er Teil von Hollywood, wo von der Leyen und Kaja Kallas die Hauptdarstellerinnen in einer Tragikomödie sind, geschrieben von Selensky, inszeniert von Macron und finanziert von Friedrich Merz durch eine europäische Spendenaktion nach dem Prinzip eines Pyramidensystems!

Die Demobilisierung der Bevölkerung ist, wie wir sie sehen, daher kein Zufall. Sie ist strukturell für das Funktionieren militarisierter Systeme. Wenn wir betrachten, was mit uns geschieht und all den Hass, den politische Führer und gewöhnliche Menschen so leicht gegen Einwanderer oder Feinde versprühen, verstehen wir, warum ein Nazi-Holocaust möglich war und warum ein Völkermord in Gaza und im Libanon möglich ist.

Die versprochenen Gewinne des militärisch-industriellen Komplexes hängen von Haushaltsentscheidungen ab, die hinter verschlossenen Türen getroffen werden und bewusst keinem Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Daher erscheinen sie uns als vollendete Tatsachen. Und wie könnten sie einfacher und distanzierter erscheinen als durch Fernsehmonologe, die uns sagen: „Die EU hat beschlossen“, „von der Leyen sagte“, „die größten EU-Länder haben versprochen“... Wenn es von oben kommt, dann gibt es nichts zu tun, denkt der einfache Sterbliche, Opfer eines pyramidenförmigen Systems, das ihn durch einen ebenso autokratischen wie unerreichbaren Gipfel erdrückt.

Tatsache ist, dass die EU auch als Mystifizierung fungiert, als etwas Äußeres, zu Fernes. Es ist wie bei Finanzspekulationen: Je mehr sie unser Leben zerstört, desto schwerer ist es zu verstehen, wie sie das tut. Die europäische Bürokratie ist komplex genug, um denselben Distanzierungsprozess in Gang zu setzen.

Und diese Unwägbarkeit des Lebens offenbart eine unüberwindbare Realität des Systems, in dem wir leben: Die Kriegswirtschaft, die offensive Wirtschaft, braucht passive Bürger, keine aktiven Bürger. Sie braucht Nachrichtenkonsumenten, keine Organisatoren von Bewegungen. Sie braucht Wähler, die zwischen vorab genehmigten Optionen wählen, keine Bürger, die ihre eigenen Ziele setzen.

Vielleicht liegt hier der große Unterschied, der es uns ermöglicht, die jeweiligen Positionen der einzelnen Kontrahenten zu entwirren und aufzudecken, wer wirklich der Geschädigte und wer in Wirklichkeit der Aggressor ist. Während die westliche Bevölkerung formlos, situationsabhängig, voller Groll, aber intellektuell entwaffnet, unterdrückt und ideologisch besiegt ist, unfähig, laut zu protestieren und Auflehnung gegen eine Situation zu äußern, die die Welt, die sie kannten und für selbstverständlich hielten, zermalmt, und nur gelegentlich lautstark gegen Menschen wettert, die ebenso schwach oder schwächer sind als sie selbst und unter derselben Bitterkeit leiden, wie Einwanderer, Gewerkschafter oder andere Minderheiten, ist die Mehrheit der russischen Bevölkerung aktiv, sich der sie umgebenden Gefahr bewusst und in einem grenzenlosen Bemühen mobilisiert, das zu überwinden, was sie als Angriff auf ihre Souveränität und Unabhängigkeit betrachten.

Denn wer wird hier eigentlich in was hineingezogen? Um die Militarisierung der NATO zu verstehen, müssen wir zunächst begreifen, woraus eine solche Ideologie besteht. Die Ideologie, die der Wiederaufrüstung der EU zugrunde liegt, hüllt sich in dieselben Gewänder, die Goebbels trug!

Erst wenn die europäischen Völker ihren wahren Feind erkennen und ihn als ernsthafte, reale und existenzielle Bedrohung wahrnehmen, wird es möglich sein, diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen.

Hoffen wir, dass es nicht zu spät ist!